

Brauereiarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter u. verw. Berufsgenossen.

Erscheint wöchentlich am Freitag.

Bezugspreis vierjährlich 2,10 M., unter Kreuzband 2,70 M.

Eingetragen in die Postzeitungstafle.

Zufolge der Überstellung des Hauptbüros und der "Brauereiarbeiter-Zeitung" nach Berlin, sind vom 20. März ab alle Sendungen für Hauptverwaltung, Kassierer, Redaktion und Expedition der "Brauereiarbeiter-Zeitung" an die Adresse:

Berlin O,
Schillerstraße 6 IV.,

zu senden.

Redaktionsschluss für Nr. 13 der "Brauereiarbeiter-Zeitung" ist Sonnabend, den 20. März, morgens 8 Uhr.

Ein paar Zahlen.

Zur Ergänzung und Detaillierung des in voriger Nummer enthaltenen Diagramms über die in unserem Verbande für die verschiedenen Unterstützungsarten im letzten Jahrzehnt an die Mitglieder gezahlten Summen bringen wir nachstehende Ziffern, die sich jedoch auf 11 Jahre, 1898 bis 1908, beziehen. Voran stellen wir die allein im Jahre 1908 gezahlten Summen. Es wurden gezahlt:

	1908	1898—1908
Krankenunterstützung	111 921,40 M.	482 052,70 M.
Arbeitslosenunterstützung	46 545,90 "	236 650,40 "
Gemüregeltenunterstützung	9 190,70 "	78 202,50 "
Unterstützung in Notfällen	9 281,85 "	44 323,— "
Umzugszuschuss für Gemüregelte	1 391,— "	10 826,— "
Rechtschutz	9 491,28 "	50 120,55 "
Sterbegeld, seit 1. 10. 04 einget.	11 615,50 "	34 673,50 "
Streikunterstützung	43 845,55 "	643 099,15 "
Zusammen:	243 933,18 M.	1 579 947,80 M.

Hierzu stellen wir die seit 1898 in den einzelnen Jahren seitens unsres Verbandes erzielten Erfolge, soweit sie sich allein auf die Erhöhung der Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit, Vereinbarungen nach § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und Urlaub beziehen, ganz abgesehen von den sonstigen ungewöhnlichen Verbesserungen auf wirtschaftlichem, sozialem und sanitärem Gebiet. Es wurde seitens unsres Verbandes erzielt:

Erhöhung der Löhne:

	1898 für 1 039 Personen	196 872 M.
1899	2 502	342 886
1900	9 631	1 136 768
1901	3 566	319 626
1902	1 708	140 296
1903	9 916	907 920
1904	16 253	2 248 116
1905	8 940	1 157 416
1906	14 670	1 898 312
1907	17 061	2 318 004
1908	10 449	981 980
Zusammen für 95746 Pers.	11 648 156 M.	

Verkürzung der Arbeitszeit:

	1898 für 878 Personen	407 940 Stunden
1899	1 605	516 828
1900	7 192	1 580 956
1901	1 756	419 952
1902	1 428	320 424
1903	7 043	1 574 196
1904	8 524	1 625 000
1905	2 741	865 896
1906	9 749	2 189 876
1907	6 261	1 849 452
1908	4 169	844 844
Zusammen für 51 346 Pers.	12 189 364 Stunden	

Die in den einzelnen Jahren erzielten Verbesserungen an Lohn, Arbeitszeit usw. sind laufend und demnach für jedes weitere Jahr zu buchen. Nebenbei laufen noch die in den Tarifverträgen vereinbarten Steigerungssätze im Lohn. Für die Jahre 1906, 1907, 1908 haben wir diese Steigerungssätze nach den laufenden Tarifverträgen berechnet, und erhalten wir folgendes Ergebnis: Es fragen die Steigerungssätze aus den Tarifverträgen:

Vom Jahre 1905 für das Jahr 1906
für 5 708 Personen 291 000 M.
von den Jahren 1904—1906 für das Jahr 1907
für 12 304 Personen 645 216 M.
von den Jahren 1904—1907 für das Jahr 1908
für 12 185 Personen 623 560 M.

Zusammen für 20 197 Personen 1 559 776 M.

Die Steigerungssätze aus den vor dem Jahre 1904 abgeschlossenen Tarifen sind nicht berechnet, und für das Jahr 1906 auch nur die Steigerungssätze aus den Tarifen vom Jahre 1905. Diese Steigerungssätze im Lohn sind selbstverständlich als Erfolge des Verbandes den obigen Summen zuzuzählen.

erner wurde erzielt bis einschließlich 1908:

Urlaub für 30 504 Personen.

Entschädigung bei Krankheiten für 49 357 Personen.

Entschädigung bei militärischen Übungen für 47 764 Personen.

Im Laufe der Zeit wurden die Vereinbarungen bezüglich Urlaub und § 616 des B. G. B. verschiedentlich verbessert. Es wurde durch die Tarifverträge im Jahre 1908 der Urlaub erhöht für 1708 Personen;

die Entschädigung bei Krankheit verbessert für 2080 Personen;

die Entschädigung bei militärischen Übungen verbessert für 354 Personen.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Fr. Krieg, Hannover.
Redaktion und Expedition: Hannover, Münzstraße 5, III.
Druck von E. A. H. Meister & So., Hannover.

Insertionspreis:
die sechseckige Kolonizeite 40 M., für Mitglieder 20 M.
Schluß für Anzeigen: Dienstag früh 8 Uhr.

Das sind nur Zahlen, aber sehr lehrreiche. Sie reden deutlich von Solidaritätsgefühl und gewerkschaftlicher Hilfe für die Mitglieder; von schweren Kampfen um Verbesserung der Lebenslage der Kollegen, von gewerkschaftlicher Kulturarbeit und gewerkschaftlichen Erfolgen; sie reden aber auch deutlich von der Rettwendungkeit der Organisation und der Pflicht aller Arbeiter in den Brauereien und verwandten Betrieben, sich dem Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen anzuschließen.

die Belastungen aus der Brauereierhöhung von 1906 und die im selben Jahre in Kraft getretenen Bollerhöhungen. Diese Unsicherheit des Wirtschaftslebens wirkt auch lähmend auf die Agitation. So bedauerlich und verkehrt es ist: die Indifferenteren in den von der Organisation noch nicht oder wenig erfassten Orten tragen weit eher eine Verschlechterung, als daß sie sich der Organisation anschließen. Diese Unwissenheit kann allerdings noch weniger als Entschuldigungsgrund für das Fernbleiben derjenigen Arbeiter von der Organisation gelten, welche in Orten mit guter Organisation noch indifferent sind und die Vorteile der Organisation mitgenießen.

Weitere Agitationshindernisse sind das Fehlen genügender Versammlungsmöglichkeiten im Osten des Reichs, in Oberschlesien, im Allgäu, im badischen Schwarzwald, sowie in Rheinland-Westfalen, die konfessionellen Gegenseite. Mit gegenwärtigen Organisationen zu kämpfen haben die Funktionäre im Süden, sowie in Rheinland-Westfalen und Schlesien. Zugleich ist die Überfluss wird zuletzt noch durch die Grenzstreitigkeit in die Agitation gehemmt. Hören wir nun mehr unsere Bezirksleiter, soweit sie über die Agitation etwas von Belang zu sagen haben, selbst.

Der Beamte mit dem Sitz in Danzig sagt: „Durch die wirtschaftliche Krise ist die Agitationsarbeit wesentlich erschwert. Das Gewissen der Arbeitslosigkeit macht die Arbeiter zu willenlosen Sklaven, nur selten trifft man zurzeit einen ehrgeizigen Kollegen.“ Der Breslauer Beamte bedauert, daß sich die auf der Basis der freien Gewerkschaften bewegenden Verbände gegenseitig zu zerstören versuchen und nicht, wie es höchst notwendig wäre, ihr Augenmerk auf den gemeinsamen Feind richten. Der Brauergesellen-Bund, der sich nur mit Hilfe der Unternehmer halten kann, wird von ihm weniger ernst genommen. Der Berliner Beamte berichtet, daß alles daran gesetzt werden mußte, den Bestand an Mitgliedern zu behaupten. Die Beamten mit dem Sitz in Leipzig und in Hamburg hatten mit Regelung von Differenzen und mit Verhandlungen über geführte Lohnbewegungen fast vollauf zu tun; zur Agitation blieb ihnen recht wenig Zeit übrig. Im Hamburger Bezirk wird die Agitation auch noch durch die Geschäftigkeit der meisten in den ländlichen Orten beschäftigten Kollegen erschwert.

Die meisten dieser Kollegen haben ein Stück Ackerland im Besitz oder in Pacht. Der Brauereibesitzer läßt durch seine Gespanne diese Parzellen bestellen. Hierdurch kommen die Kollegen in ein Abhängigkeitsverhältnis vom Arbeitgeber, sie können nur bei Verlust dieser Geselligkeitszuhörer wagen, der Organisation beizutreten und letztere für sich fordern zu lassen. Obgleich die Geselligkeitszuhörer recht gut ausgelenkt werden in Gestalt billiger Arbeit für den Arbeitgeber, hält es doch schwer, die Arbeiter davon zu überzeugen, daß die Organisation ihnen Vorteile schaffen kann. Neben den zurückgebliebenen ländlichen Verhältnissen sind es im 5. Bezirk mit dem Sitz in Magdeburg die Grenzstreitigkeiten, welche auf die Agitation hemmend wirken und die Organisation nicht vorwärts kommen lassen. In keiner andern deutschen Stadt haben die Grenzstreitigkeiten der Gewerkschaftsbewegung und den Kollegen schon mehr geschadet, als wie in Magdeburg, und nirgends sind sie künstlich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse überflüssiger wie hier. Ort und Raum verbieten es, uns des näheren mit den unliebsamen Vorkommen zu beschäftigen. Im Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung läge es, wenn man ihrer nicht mehr Erwähnung zu tun brauchte. Im 9. Bezirk mit dem Sitz in Elm befindet sich die Geburtsstätte der „gelben Gewerkschaften“, auch über dort die Geistlichen einen ziemlichen Druck auf die Arbeiter aus. Der Beamte fasst die Situation wie folgt zusammen:

„Die katholische Geistlichkeit versucht in Gemeinschaft mit den Unternehmern mit allen Mitteln, den Kollegen den Beitreitt zur Agitation zu vereiteln und zu vereiteln... Beichtstuhl, Kanzel, sowie alle möglichen Klubheimveranstaltungen werden benutzt, um die Gewerkschaftsmitglieder und deren Führer zu verleumden.“

Mögen auch derartige Feindseligkeiten gegen die Organisationen deren rechte Entwicklung etwas hemmen, auf die Dauer werden die Arbeiter sich mit leeren Redensarten nicht mehr absperren lassen. Die Zeit kommt, wo wir Eintritt halten werden.

Die Merkmale einer Streikbrecher-Organisation

Ganz wie bei uns besteht auch im Bädergewerbe eine gelbe Organisation, ein „Bund der Bädergesellen“. Er vermitteilt den Streit grundsätzlich und will nur auf „friedlichem Wege“ zum Ziele gelangen. Die „Friedlichkeit“ hält auch noch an, wenn der Unternehmer jede Forderung und jede Unterhandlung ablehnt, denn seine Friedlichkeit ist ihm Grundzustand. Wenn der Unternehmer es dann doch durch gänzliche Ablehnung aller Forderungen zum Streit treibt, dann sieht es der „Bund der Bädergesellen“ wohl gen, wenn die Mitglieder des Bäderverbandes durch Kampf etwas erzielen, aber der „Bund“ bleibt friedlich, weil es sein Grundsatz ist. Und auf diesem friedlichen Grundsatz folgt die „Bündeszeitung“ des gelben Bädergesellen-Bundes das Wort

Streikbrecher niemals angewandt werden kann, denn, so sagt sie, Streikbrecher ist derjenige, welcher den Streit mit beschließt, aber weniger weiter arbeitet, also den Beischluß bricht; weil aber die Bundesgesetzgebung grundsätzlich den Streik verwerfen und nur auf friedlichem Wege zum Ende gelangen wollen, kann das Wort **Streikbrecher** aus sie nicht angewandt werden.

Das Landgericht in Hanau hat die "Bundes-Zeitung" eines andern beurteilt. Der "Bund" hatte gegen den Bevollmächtigten des Bäckerverbandes, Salomon, Klage wegen Beleidigung gestellt und wieber S. vom Schöfengesetz in Hanau am 29. September v. J. zu 30 M. Geldstrafe verurteilt. Die hiergegen eingegangene Berufung wurde zwar vom Landgericht Hanau verworfen, aber das Landgericht kam dabei zu folgenden durchaus zureitenden Feststellungen:

"Unerträglich sei die Ausführung des angefochtenen (Schöfengesetz) Urteils, auf die sich die Verurteilung stütze, daß ein Mitglied des Deutschen Bäckerbundes niemals ein Streikbrecher sein könne, da es sich niemals einem Streik anschließen dürfe, und es somit ja gar keinen Streik gebe, den es zu brechen vermöge. Streikbruch liege dann vor, wenn innerhalb eines gewissen Verbandes oder Betriebes von der Mehrheit der Arbeiter die Arbeit niedergelegt werde und eine geringe Anzahl, sei es durch Weiterarbeit, sei es durch Annahme freier Stellen, dem Zweck des Streiks entwidernde. Der gelbe Bund sei eine Organisation zum Zweck der Durchsetzung von Streiks, sondern im Falle des Ausbruchs eines solchen durch Beschaffung der frei werdenden Arbeitsstellen ihn zu verhindern suche. Der Ausdruck **Streikbrecherbund** sei daher keine Beleidigung für den gelben Bund. Wie von dem Angeklagten mit Recht ausgeführt worden, ist unter **"Streikbrecher"** nicht nur der zu verstehen, der seinen Standesgenossen, die einen Streik verabredet haben, dem er beigetreten ist, sein Wort bricht, die Vereinbarung, der er zugestimmt, nachträglich nicht einhält, sondern auch derjenige, der einer zum Zweck der Erzielung besserer Arbeitsverhältnisse getroffenen Abrede dadurch entgegensteht und deren Verwirklichung zu vereiteln sucht, daß er sich der Vereinbarung seiner Standesgenossen überhaupt nicht anschließt, sondern für seine Person weiterarbeitet. Auf diese letztere Auslegung der Bezeichnung **"Streikbrecher"** weist auch die bekannte Tatsache hin, daß bei Ausbruch eines Streiks mit dem Wort **"Streikbrecher"** auch jene Arbeiter bezeichnet werden, die dort nicht am Orte des Streiks ihren Wohnsitz haben, sondern von außen herbeigekommen sind, um die Arbeitsstellen einzutreten, die von den Streikenden verlassen sind. Eine Missachtung schließt das Wort **Streikbrecher** auch im lebenswährenden Sinn in sich; es bedeutet etwas Unständiges, Verwerfliches; man versteht unter der Beleidigung einen Menschen, der für die Interessen und das Wohl seiner Standesgenossen nicht eintritt, sondern sich von ihnen trennt und ihre Bestrebungen vereitelt oder beeinträchtigt."

Die Verurteilung erfolgte, wie aus der Begründung weiter hervorgeht, wegen formeller Beleidigung. Gegenüber der Stellung des Verteidigers, welcher für den gelben Bund, weil er den Streik verbot, ihm in der Bezeichnung **Streikbrecherbund** eine Beleidigung erholt, stellte sich das Landgericht auf den Standpunkt, daß der gelbe Bund, der von den Bäckermeistern mit Geld ausgestalten wird, nichts andres sein könne, als eine Streikbrecherorganisation.

Die Feststellungen des Hanauer Landgerichts über den gelben **Bund** und den **Bäckerbund** treffen bis auf das Tüpfelchen über dem i auch auf den **Bund der Brauergesellen** zu, und die Kollegen mögen die Bundesmitglieder auf die Einschätzung ihrer Organisation und ihrer selbst seitens des Hanauer Landgerichts aufmerksam machen, dann werden viele von ihnen es wohl nicht als lächerlich finden, dem **"Bund"** anzugehören. Sie werden im Interesse der Gewinnlichkeit und ihrer eigenen Empfindung entsprechend die Angewandtung aus den vom Hanauer Landgericht festgestellten Tatsachen ziehen, wie es in letzter Zeit schon verschiedene Bundesmitglieder sich dem Verbande anschlossen.

Im Falle von dem Unternehmerin getragen, tatsächlich aber doch von den Erträginnen der Arbeit seiner gedeckt, die in den Betrieben beschäftigt sind. Daher gebietet den Arbeitern das Selbstverwaltungsrecht, zum mindesten aber das paritätische Mitbestimmungsrecht. Davon wußten die Unternehmer jedoch nichts wissen. Sie glauben, wenn die Arbeiter, wie in den Schiedsgerichten für Arbeitervertretung, ja auch in den Rentenversicherungsanstalten das Recht haben, das Unternehmen nicht so weiterzuführen, daß dann die Rentenmauer nicht so weitergeht, und dann die Kosten der Unfallversicherung wachsen würden. Die Arbeiter werden aber unbedingt an ihrem Standpunkt festhalten und ebenso entschieden dafür eintreten, daß die Leistungen der Unfallversicherung erhöht werden.

Im Vordergrund der Erörterungen hat in letzter Zeit aus mehreren Gründen das **Invalidenversicherungsgesetz** gestanden. Bekannt ist, daß das Reichsamt des Innern mit einer großen Energie bestrebt ist, die Bewilligung der Invalidenrenten seitens der zuständigen Organe möglichst einzurichten. Die Rentenbewilligungen waren von 174 508 im Jahre 1903 auf 184 057 im Jahre 1906 ansässig gegangen! Da war tollst **"gequält"** worden. Zugleich sind nun die Versicherungen der Landesversicherungen und technischen Anstellten auf eine angemessene Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung stärker hervorgeholt. Die bürgerlichen Parteien und die Regierung, welche bisher den Privatangestellten nicht einmal die heutige Versicherungsgesetzgebung zugestanden haben, spielen nun mit dem Gedanken, für diese Anstellten eine besondere Pensionsversicherung zu schaffen. Ob etwas daraus wird, was die Anstellten auch befriedigt, ist zum mindesten sehr zweifelhaft, aber man will hier eine Zersplitterung, und zwar aus politischen und finanziellen Gründen. Einem durchgreifenden Ausbau der Invalidenversicherung möchten sowohl die bürgerlichen Parteien als auch die Regierung aus "Sparsamkeitsrücksicht" umgehen. Über man möchte auch die anzuordnenden Anstellten, denen man so gut wie jeden gerechten Schutz vor grenzenloser Ausbeutung durch die Unternehmer beweisen, nicht direkt in das Lager der Sozialdemokratie jagen. Und so sucht man sie mit einer Sonderversicherung zu lösen, womit man eine Scheide zwischen den Anstellten und Arbeitern aufrichten zu können glaubt. Von solchen unlogischen Beweggründen wird die deutsche Sozialpolitik befreit. Die Alters- und Invalidenrenten, die nach den heutigen Invalidenversicherungsgesetzen an die Rentenberechtigten gezahlt werden, betragen im Durchschnitt jährlich rund 158 Mark. Die Arbeiter müssen mit aller Kraft dafür agieren, daß an Stelle dieser geringfügigen Altersrenten wesentlich höhere Versicherungsleistungen treten, — nicht nur für die Privatangestellten, sondern für die Arbeiter aller Kategorien.

Als im Jahre 1902 das deutsche Volk mit drückenden Zoll erhöhungen belastet wurde, beschloß der Reichstag, daß ein Teil der höheren Zölle zur Erleichterung der Durchführung einer Witwen- und Waisenversorgung zu verwenden sei. Die hohen Zölle sind in Kraft getreten, für die Witwen- und Waisenversorgung aber ist nicht so viel übrig geblieben, daß davon auch eine sämmerliche, gleichzeitig dem eine angemessene Fürsorge durchgeführt werden könnte. Die Arbeiter aber wünschen eine Hinterbliebenenversorgung mindestens in dem Maße, wie sie das Gewerbeunfallversicherungsgesetz gewährt. An der Durchführbarkeit dieser Versicherung ist kein Zweifel; sie ist ohne Einführung irgendwelcher neuer Steuern schon dann möglich, wenn der umfangreiche Verschwendungen für militärische Zwecke gestoppt werden.

Die Arbeitslosenversicherung wollen wir nicht in dem Rahmen der heutigen Arbeiterversicherungsgesetze verwirktlich wissen. Für ihre Ewigkeit müssen in organisatorischer Beziehung andre Gesichtspunkte maßgebend sein; ihre Grundlage sollen die Gewerkschaften sein, an deren Mitglieder zur Arbeitslosenunterstützung staatliche Zuflüsse zu vertheilen sind. Sie soll aber hierbei unterschaut werden, um über die berechtigten Ansprüche der Arbeiterschaft hinsichtlich der staatlichen Versicherung ein genaueres Bild zu geben. Dabei muß darauf hingewiesen werden, daß man in verschiedenen Nachbarstaaten mit der Arbeitslosenversicherung uns **Staats** über Gemeindemittheiln viel weiter ist, als in Deutschland; wenn auch zugegeben werden muss, daß sie auch dort zu wünschen übrig läßt.

Wir haben vorliegend in großen Zügen ein Bild der Wünsche entworfen, die die deutsche Arbeiterschaft an das staatliche Versicherungswesen zu stellen hat. Möge die Arbeiterschaft durch unausgeprägte Agitation ihren Forderungen fruchtlos verleihen.

Ein Kampf um wirtschaftliche Verbesserungen gehören aber die Arbeiter zu, an, wie es bei den Unternehmern auch der Fall ist, die einer Organisation angehören, ob Jude oder Christ; folglich müssen auch die Arbeiter sich in einer Organisation einrichten, und diese Organisation ist für die Brauereiarbeiter der Brauereiarbeiterverband. Die hierigen Brauereien haben sich durch die jahrelange schlechte Entlohnung an Kosten der Arbeiter bereichert, obwohl gerade sie wegen ihrer günstigen Lage, direkt an der Bahnhoflinie, wodurch bedeutende Transportkosten gespart werden, die Produktionskosten also niedriger sind, als in andern Betrieben, bessere Löhne zahlen könnten. Durch die von den "Christen" unter die Kollegen hingetrugene Unzulänglichkeit ist mir wieder der Sache der Unternehmer gedient.

Im Schlusshort des Herrn Holle wurde in "verbesserter Aussage" gestuntzt und geschönspielt. Bei seiner Aussforderung zum Eintritt in den "christlichen" Sammelschau verließ die Mehrzahl der Kollegen den Saal, ohne dieser Aussforderung nachzuhören; nur einzelne Brüder und Verwandte der Lippstädter "Christen" ließen sich annehmen. Der Zweck: die Zersplitterung der Arbeiter zu ihrem eigenen Schaden, ist also vorläufig erreicht, nur dürften die auf den Beim Getrockneten auch bald zur besseren Einsicht kommen, daß sie ihrer Sache herzlich schlecht gedient haben, indem sie sich den "christlichen" anschlossen.

Au noch etwas zu dem Majorat und Schlusshort des Herrn Holle. Er gab der Politik die Schuld, daß die Arbeiterbewegung nicht einheitlich sei, vergaß aber dabei zu sagen, daß dies die Zentrumspolitik der Gewerkschaften ist. Er erklärt, die Versicherungsgesetze müßten noch mehr ausgebaut werden, nicht wie es die Sozialdemokratie tut, die diese Gesetze ablehnt. Wahre ist diesem Patentchristen ein unbekannter Begriff, sonst müßte er sagen, was schon Bismarck erklärte: ohne die Sozialdemokratie gäbe es keine Sozialgelehrte; er müßte weiter sagen, daß die Sozialdemokratie nur dann Sozialgesetze abgelehnt habe, weil sie für die Arbeiter unzureichend wären, das aber das Bemühen um Sozialgesetze abgelehnt habe, weil sie nach Meinung des Zentrums für die Arbeiter zu gut waren.

Die Zentrumsfaktion des Reichstags hat überhaupt mit nur 13 Abstimmungen gegen den Entwurf eines Alters- und Invalidenversicherungsgesetzes gestimmt;

die Zentrumsfaktion hat mit einem Dutzend Abstimmungen gegen den Reichszuschuß von 50 M. an invalide Arbeiter gestimmt.

Die Zentrumsfaktion stimmte seiner gegen die Erhöhung des Reichszuschusses auf 90 M. an invalide Arbeiter; gegen die Altersrente vom 60. Lebensjahr ab;

gegen den Antrag, daß die Invalidenrente mindestens 30 Proz.

des früheren Einkommens betragen solle;

gegen den Antrag, daß Kranken von dem Tage an, wenn sie kein Krankengeld mehr erhalten, Invalidengeld gezahlt werde;

gegen den Antrag, daß die Versicherten Invalidenrenten erhalten, die nicht mehr die Hälfte ihres früheren Einkommens erwerben können;

gegen den Antrag, daß alle Arbeiter, auch die Heimarbeiter, versichert werden, sowohl in der Invaliden- wie in der Unfall- und Krankenversicherung;

gegen den Antrag, daß vom Beginn der Erwerbsunfähigkeit an Krankengeld gezahlt werde;

gegen den Antrag, daß das Krankengeld für die ganze Dauer der Erwerbsunfähigkeit gezahlt werde;

gegen den Antrag, daß das Krankengeld die Höhe des vorjährlichen Etagelohnes und für Berufskräfte mindestens 2 M. betrage;

gegen den Antrag, daß invalide Arbeiter in den ersten 12 Wochen ärztliche Hilfe und Rente auf Kosten der Unfallversicherung erhalten;

gegen den Antrag, daß durch die Rente der verlorene Arbeitsverdienst voll ersetzt werde;

gegen den Antrag, daß den Witwen geldlester Arbeiter eine Rente in Höhe von 50 Prozent des Arbeitsverdienstes gegeben werde, und sofort mit Gratia.

Das waren Anträge der Sozialdemokratie und Abstimmungen seitens des Zentrums, im Bunde mit den Konservativen, Nationalliberalen, Freisinnigen und Antisemiten, in welchen Parteien nach Herrn Holle die "christlichen" Arbeiter vertreten sind und auf welche sie Einfluß ausüben. Geht wirklich der "Einschlag" der "christlichen" Arbeiter in diesen Parteien nach der oben gezeichneten Seite, dann sind sie eben die Kalber, die ihren Mezzger selber wählen.

Das Zentrum und die Parteien, die Herr Holle als dem Einschlag der christlichen Arbeiter unterworfen angibt, haben aber noch nicht für die Arbeiter getan. Zentrum ist in del war die Witwen- und Waisenversicherung aus den Postbezügen, womit es den Raum aus den Tochtern der Vermögen durch den Postbezirk verdecken wollte. Der liberale Reichstagsabgeordnete und Generaldirektor der Schultheissbrauerei, Berlin, Rösi, erklärte, daß man die Arbeiter mit der Witwen- und Waisenversicherung nur durch einen wolle, denn wenn man jemand 60½ Mark aus der Tasche nimmt, wie man es mit den Arbeitern durch den Posttarif macht, und ihm dann 7½ Mark wieder gibt und ihm sagt, daß man ihm dadurch helfen wolle, dann ist dieses Verfahren mindestens unbegreiflich. So hat das Zentrum im Bunde mit den bürgerlichen Parteien beim Posttarif es mit den Arbeitern gemacht. Man hat ihnen die Lebensmittel verteilt, die Erwerbsgelegenheit beschränkt und von den Einkommen aus den Zölle für die Witwen und Waisen ist nichts übrig geblieben.

Und das Zentrum war es, im Bunde mit den von Herrn Holle empfohlenen Parteien, die uns die Brauereiarbeiter erhöhung von 1906 brachten und Lippstadt die Brauereiarbeiter brotlos machen achteten, und das Zentrum arbeitet jetzt wieder bei der Finanzreform mit den bürgerlichen Parteien englisch daran, die Besitzenden zu schonen und die Armen durch indirekte Steuern zu belasten, eine Biersteuer erhöhung möglichst noch über den Regierungsentwurf hinzu durchzubringen und so Lippstadt die Brauereiarbeiter die Existenz zu vernichten.

Das wird das Werk des Zentrums und der Parteien des Herrn Holle sein; die Arbeiter, besonders aber die Brauereiarbeiter müssen mit Blindheit geschlagen sein, wenn sie nicht allmählich den "christlichen" Schwund durchschauen sollten. Nicht um das Wohl der Arbeiter ist es den sogenannten Christen zu tun, sondern um ihre Besitzungen, um Interesse derjenigen Parteien, die sich in der Rolle des Mezzgers gefallen und auf Kosten der Arbeiter "national" und "vaterländische" Politik treiben.

Korrespondenzen.

+ Zugang ist fernzuhalten nach Art. a. Nr.

+ Kontrolliert ist der "Doornkaat-Schnaps" und die Kornbranntwein-Brennerei Dr. Degens & Söhne, Söhne, Nordhausen.

Chemnitz. In der Beratung am 14. Februar erstattete Kollege Goldammer seinen Tätigkeitsbericht sowie den Bericht des Agitationsteams. Das abgelaufene Geschäftsjahr ist nach dem Bericht sehr arbeitsreich gewesen. Die Hauptarbeit verursachte die im Frühjahr eingeleitete Lohnbewegung, die im Juni mit Abschluß eines neuen Lohnabkommens endete. Außerdem konnten noch Tarife in Hartmannsdorf, Stollberg, Rötha, Zwönitz, Oberlungwitz, Limbach, Hainichen und Zwickau abgeschlossen werden. Die Jahresentnahme betrug 9661,25 M., die eine Ausgabe von 3466,42 M. gegenübersteht, die vorläufig am Ende für Arbeitslosen- und Krankenunterstützung in Rechnung zu stellen ist. Die Ortsgruppe zählte Ende 1907 485 männliche und 18 weibliche. Der Bestand ist also um 3 Mitglieder zurückgegangen, was wohl hauptsächlich eine Folge der schlechten Geschäftsgänge und des Beitrags der Brauereien angeschrieben ist, für abgehende Kollegen mit Vorliebe keine neuen einzutreffen. Der Redner schloß mit dem Wunsche, daß auch im

Nicht Verkümmern, sondern Ausbau der Arbeiterversicherung.

Das Reichsamt des Innern bereitet gegenwärtig eine Reform der Arbeiterversicherungsgesetze vor. Eine Reform, deren angeblicher Zweck in der Vereinigung und Verbüffung der sozialen Versicherung bestehen soll, die aber tatsächlich darum hindert, den Arbeitern das Selbstverwaltungrecht in den Krankenkassen zu nehmen und im übrigen einen wirklichen Ausbau der Arbeiterversicherung hinzutun.

Die Verkümmungen der Christuskirchen lassen als Zeugnis, an denen sich die sozialdemokratischen Parteiführer mäzen, haben bei den in Frage kommenden Reichsbüroden ein würgendes Urteil. Feilkes, diese brennenden Verkümmungen, mit denen insbesondere der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie wider das Selbstverwaltungrecht der Christuskirchen treiben ging, waren kein tatsächliches Material. Das Material sollte die im Oktober 1908 stattgefunden Konferenz im Reichsamt des Innern liefern, wo Unternehmer und Arbeitgeber aus den Krankenkassen vertreten wurden. Aber die politischen Arbeitende erläutern hier eine idiomatische Ableitung.

Das schmäligste erwartete Material gegen das Selbstverwaltungrecht der Christuskirchen blieb aus: die Unternehmer hatten keinen Zweck, die Arbeitende überzeugt, daß sie den leitenden des Reichsamtes des Innern für die kommende Reform vorgelegten unparteiischen Vorsitzenden der Christuskirchen abhängen. Dieser unparteiische Vorsteher sollte geschlossen werden, wenn die Unternehmer nicht, ein Drittel, sondern die Hälfte der Ressortbeamten übernehmen würden. Der angebliche politische Rückgriff der Christuskirchen hatte sich als ein leeres Raupigebilde herausgestellt; die Arbeitende waren elend blauiert. Selbst der jüngste Vorsitzende des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände, Rommel, erklärte in Art. 48 von 1908 der "Deutschen Arbeiterzeitung" konfus, daß im Inneren der Christuskirchen nichts geschehen werde, wenn die Unternehmer die Christuskirchen in den Christuskirchen aufnehmen könnten. Richtig ist, daß diese Versicherung nicht zum Zweck der Erzielung einer sozialen Versicherung aufzutreten scheint, sondern nur auf die Versicherung der sozialen Versicherung abzielt.

Notwendig ist jedoch die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Arbeiter und Angestellten aller Kategorien. Zu beleidigen ist die Grenze der Versicherungspflicht bei 2000 M. Arbeit verdient. Zu erhöhen und die Mindestleistungen zu erhöhen, die heute keineswegs ausreichen, dem erlaubten Arbeitgeber und seiner Familie auch nur das Rötliche zu gewähren. So muß die Reform der Arbeiterversicherung anstreben, wenn bei den bürgerlichen Parteien und der Regierung die soziale Entwicklung geht mit der sozialen Entwicklung.

Die Arbeiterversicherung erfüllt sich auch nicht auf alle Arbeitende. Die Versicherung liegt in den Händen der Versicherungsanstalten, in denen die Unternehmer einschließlich ihrer Eltern, Kinder und Neffen anlagen. Die Angestellten der Betriebe haben nicht auf geleisteten Beiträgen, sondern auf der Versicherungsansicht. Arbeitende darf auch das Recht der Versicherung nicht ausüben werden. Die Kosten der Unfallversicherung werden zwar

kommenden Jahre jeder an dem Ausbau der Organisation nach besten Kräften mitarbeiten möge. Ein Antrag auf Gründung einer Zahlstelle wurde einstimmig angenommen. Die Neuwahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl des früheren Agitationsteams. Einstimmig wurde beschlossen, vom 1. April ab den Lofabtrag um 5 Pf. pro Woche zu erhöhen. Zum Schluß wurde noch der schwache Verhandlungsbeischlag geträgt, namentlich die Kollegen der Schloßbrauerei, vorwiegend Brauer, hatten es vorgezogen, der Verfassungserneuerung fernzubleiben. Kollegen, sorgte dafür, daß es in Zukunft besser wird! Die Seiten sind wirklich ernst!

Klausur i. S. Der Kampf um das Koalitionsrecht, den die hiesige Zahlstelle am Orte zu führen hat, hat viele Kollegen zu bewegen vermocht, der Organisation den Rücken zu lehnen. Zu gleicher Zeit wurde den ausgetretenen Kollegen empfohlen, einer "christlichen" Organisation beizutreten; weshalb können diese "Herren" entschieden genauer beurteilen, wie wir. Aber ein jeder hielt es unter seiner Würde, diesem Kommando Folge zu leisten. Nach dieser gründlichen Agitation der Ortsverwaltung ist es endlich nach mehr als zweimonatlicher Freiheit gelungen, im neuen Vereinslokal eine Mitgliederversammlung abhalten zu können. Waren doch von 25 hier beschäftigte Kollegen 12 erschienen. Vorsitzender Kollege Sambeth erstattete Bericht über die von den Brauereiverwaltungen geplante Auflösung unserer neu gegründeten Zahlstelle, behandelte eingehend die Erfolge unseres Verbandes in den letzten Jahren und die geplante Biersteuer. Der Diskussion nach ist zu urteilen, daß ein neuer Geist unter den Kollegen vorhanden ist, verbunden mit dem ernsten Willen, bei den Fernsehenden eifrig für unsere gerechte Sache zu wirken. Auf allgemeinem Wunsch wurde eine Neuwahl der Ortsverwaltung vorgenommen. Beschllossen wurde, Betriebsversammlungen abzuhalten, um das Pflichtgefühl der übrigen zu stärken. Möge nun ein jeder dahin wirken, daß die Leute in unseren Reihen durch neue Kämpfer ausgestattet werden, denn nur geschlossen können wir für das Gemeinwohl etwas tun.

König-Münchhausen. Am 17. Januar und am 14. Februar fand die Vollzähligung unserer Generalversammlung. Nach dem Bericht des Kaiserers waren die Kostenverhältnisse im Berichtsjahr folgende: Gesamteinnahmen für die Hauptklasse 6750,90 M., Ausgaben 4445,85 M. An die Hauptklasse wurden insgesamt 2335,12 M. abgeführt. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des Jahres 1907 362. Ausgenommen wurden 125. Am Schluß 1908 waren es trotzdem nur 333 Mitglieder, was auf die wirtschaftliche Depression und schlechten Geschäftsgang zurückzuführen ist, denn es reisten im Berichtsjahr 93 Mitglieder ab. Die Votafasse hatte eine Gesamteinnahme von 1847,46 M. und eine Ausgabe von 1999,26 M. Den Jahresbericht gab unser Votabeamter Huber. Seine Tätigkeit war im vergangenen Jahre eine sehr vielseitige. Es mußte in 53 Betrieben in 70 Fällen vorgebrochen werden. Verhandlungen fanden 81 statt, dabei waren 21 Votab- und 15 Tellerfolge zu verzeichnen, 14 waren ohne Erfolg. Auf dem Gebiet des Arbeitsnachweises mußte in 29 Fällen, wobei 56 Kollegen in Betracht kamen, verhandelt werden. Die andern Verhandlungen mußten wegen Differenzen, Nichteinhaltung des Tarifs und ungerechter Entlassungen geführt werden. Auf dem Gewerbegefecht mußte der Beamte in 7 Fällen mit 13 Verhandlungen als Vertreter tätig sein, wo 5 Fälle zu unseren Gunsten ausgefallen sind. Versammlungen fanden 20 statt, Votab- und Votabauskünfte gingen 31, Betriebsbesprechungen 80. Korrespondenzen gingen 497, Drucksachen 34 ein. Die Ausgänge belieben sich auf 503. In Drucksachen für Einladungen zu Sitzungen und Versammlungen, Rundschreiben und dergleichen wurden insgesamt 1075 mit 6500 Lausetteln versandt. Auf agitatorischen Gebiete war der Beamte außer Köln und Umgegend auch in Bonn, Düren und Euskirchen tätig. Zugleich in diesen Orten die Leute noch schwer für die Organisation zu haben sind und man

mit allen möglichen und unmöglichen Sachen zu rechnen hat, ist es doch gelungen, daselbst Fuß zu fassen. Ferner wurde der Beamte die traurige Tatsache zu berichten, daß Leute, die der Organisation vertrauen, ihn falscher Aufschulungen bezüglich; das verunsicherte dabei ist, daß unsre Kollegen diese Leute noch unterstützen, statt sich an die zu solchen Angelegenheiten gewählte Aufsichtskommission zu wenden. Dem Beamten wurde für seine Tätigkeit große Anerkennung gezollt. Bei der Wahl des Vorstandes wurden die alten Vorstandsmitglieder mit wenigen Ausnahmen wieder gewählt.

Angeschließend hielt Genosse Schuhmacher einen mit großen Interesse aufgenommenen Vortrag über Brauerei und Brauerei-Monopolpolitik. Schuhmacher verstand es, mit seinen trefflichen Erklärungen die Aufmerksamkeit der Kollegen zu erregen und zu erhalten. Am Schluß seines Vortrags forderte Schuhmacher die Kollegen auf, sich mehr um Politik zu kümmern und sich mehr, als dies bisher geschehen ist, politisch zu organisieren.

Unter "Verschiedenes" wurde das Verhalten der Direktion der *Hirschbrauerei* einer scharfen Kritik unterzogen. Die Leute mäßen jede Woche einen Tag feiern wegen angeblichen Arbeitsmangels; doch Arbeitsmangel vorhanden, wird jedoch von den dort beschäftigten Arbeitern ganz entschieden bestritten. Auch wurde der Ausstellungsmodus der Brauerei und Mälzerei *Borsig u. Hahn* von der Brauerei nach der Mälzerei gekritisirt. Den Leuten, welche im Herbst von der Brauerei nach der Mälzerei geschickt wurden, und zwar mit dem Vertrag, im Frühjahr wieder in der Brauerei beschäftigt zu werden, ist ohne jeglichen Grund gefindigt worden. Wahrscheinlich weil die Leute organisiert sind. Die Versammlung beauftragte den Beamten, in den beiden vorgenannten Betrieben vorstellig zu werden und den Herren Direktoren klaren Wein einzuschänken. Dieses ist inzwischen geschehen, und sind wir in der Lage, miteinander zu können, daß die Angelegenheiten beider Betriebe zu unseren Gunsten erledigt sind. Zum Schlusse forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, sie möchten mehr als bisher gechehen ist, sich der Organisation widmen, und deutete den Kollegen an, welcher schweren und lämpfischen Zeiträum entgegen gehen. Kollegen, forge jeder einzelne dafür, daß unsre Organisation stark und mächtig werde, treibt jeden Zweckpakt aus euren Reihen, denn solche trahische Zustände sind nur zum Schaden der Organisation und infolgedessen auch für jeden einzelnen Kollegen.

Leipzig. In der am 20. Februar im "Vollzählig" abgehaltenen Versammlung hielt Arbeitsschreiber Mullan einen beständig aufgenommenen Vortrag über "Unsre Sozialgefegebung". Der Referent behandelte speziell die Unfallversicherung, während die Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung in einem späteren Vortrage beprochen werden soll.

Lebte die am 18. Februar mit dem Brauereiverein geplante Verhandlung betr. die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises, erstattete Amhorn Bericht. Gegen die Zulassung einer Vertretung des Votabvereins der Mädchinnen und Heizer (H.-D.), der auf Ansuchen Einladung vom Brauereiverein erhielt, wurde protestiert mit dem Erfolge, daß denselben die Berechtigung zur Teilnahme an den Verhandlungen abgesprochen wurde. Zur Anerkennung unserer Forderung, jede Beschränkung über die in den Vorstand zu delegierende Person aufzuheben, konnte sich der Brauereiverein nicht entschließen, weshalb § 2 als strikter Punkt durchgesetzt werden mußte. Daselbe Schrift erzielte den § 4, welcher bestimmt, daß der Vorstand des Arbeitsnachweises auch als Schiedsgericht in allen strittigen Angelegenheiten fungieren soll, während nach unserm Antrage dem Vorstand nur solche Streitigkeiten zur Schilderung vorzustellen dürfen, welche die Einführung von Arbeitsnachweis betreffen. Zur Begründung unseres Antrags wurde ausgeführt, daß sich erfahrungsgemäß der Vertreter der Bundesgesellen immer auf die Seite der Unternehmer stellt und die übrigen Arbeit-

nach bei allen Entscheidungen in der Minorität bleiben werden, denn der "Bund" sei durch die ihm gewährte finanzielle und moralische Unterstützung dem Unternehmertum zu Gegenleistungen verpflichtet. Wundes Siegert entzweit sich gewaltig über diese Feststellung und drohte mit Verlassen der Sitzung, mußte aber selbst bestätigen, daß der Bund finanzielle Zuwendungen von den Unternehmern erhält. § 7 Abs. 2 räumt den Brauereien das Recht ein, von den ihnen zugehörigen Arbeitnehmern diejenigen abzuziehen, welche für ihre Zwecke ungeeignet sind. Abs. 3 erlaubt sie nach dem Entzug von der Verpflichtung, Gründe für die Ablehnung nicht eingesetzter Votaberec zu angeben. Die geforderte Streichung in Abs. 2, sowie die geforderte Verpflichtung in Abs. 3, Gründe für die Ablehnung anzugeben, wollte der Geschäftsführer, Rechtsanwalt Dr. Böpfel beim Brauereiverein befürworten. Nachdem Amhorn den § 3 für indiskutabel erklärt hatte, wenn die Brauereien darauf beharrten, einen hohen Prozentsatz von Arbeitsträgern ohne Benutzung des Arbeitsnachweises einzustellen, hielt es Herr Böpfel für geboten, den Prozentsatz zu reduzieren. Während unfehlbar anfänglicher Streichung deselben bestanden wurde, glaubten die Transportarbeiter, einer eventuellen weiteren Herausziehung zustimmen zu können. Nach kurzer Pause, während welcher der Brauereiverein sich zur Verhandlung zurückzog, empfahl der Rechtsanwalt, sich bis zur nächsten Sitzung auf einen Vorschlag zu einigen, welcher den Betriebe jährlich 2 bis 5 Arbeitsträger ohne den Nachweis einzustellen. Eine vom Brauereiverein vorgenommene Erweiterung des § 1, welche der Galoppe nicht enthielt, begegne allgemeinem Misstrauen, weshalb deren Streichung gefordert wurde.

Schärfere Kritik über familiäre Redner besonders an den §§ 4 und 9. Die diesbezüglichen, bereits beantragten Änderungen bzw. Streichungen wurden aufrecht erhalten. Ein Antrag, welcher befagt, daß bei Eröffnungen in ersten Linien diejenigen eingetragenen Arbeitnehmer berücksichtigt werden müssen, welche während der letzten zwei Jahre mindestens acht Wochen in einem Brauereibetrieb tätig waren, fand einstimmige Zustimmung. Von mehreren Rednern wurde am Parität-Ausschuß Kritik geübt, der den einzigen zur Gewerbegefegebung aufgestellten Kandidaten unserer Organisation an den Schluß der Liste rangierte und den Brauereiarbeitern dadurch jede Vertretung entzog. Das Verhalten der Geschäftsführung der Brauerei *Vitzthuizen* beim Ableben des Kollegen Blumenthal wurde abschließig beprochen. Einem äußerst partizipalen Behandlung durch ihre Vorgesetzten sind die organisierten Arbeiter der Brauerei *F. A. Ulrich* ausgesetzt. Als Arbeitgeber schlimmster Art gilt der Maschinenmeister, der die tariflichen Bestimmungen noch seinem Geschmack auslegt. Ein Vierterlegger desselben Betriebes benutzte einen Arbeiter, der den Weg zur Organisation gefunden hatte, beim Vorstand des Militärvereins, dem er als Mitglied leider noch angehörte.

Stettin. In der Versammlung am 21. Februar hielt Kollege Boldt einen Vortrag über "Lohnarbeit und Kapital". Ferner berichtete Kollege Boldt, daß bis Beobachtungen wegen der Entlassung des Kollegen Paulus mit der Victoria-Brauerei nicht zur Einigung führten, da Brauerei und Director dem Obermälzer Pöppel mehr Glauben schenken, als unseren ganzen Kollegen. Uebrigens will sich der Brauereiarbeiter-Vorstand jetzt daran machen, ein anderes Versammlungslokal zu suchen, da das Gewerbehaus zu klein ist. Am Sonntag müssen verschiedene Kollegen fortgehen, weil das Votab überfüllt war. Das ist ein Zeichen, daß die Kollegen Interesse an der Bewegung haben, wenn die Unternehmer sich auch noch so sehr dagegen sträuben.

Unter "Verschiedenes" machte Kollege Boldt bekannt, daß der Antrag, den er an die Hauptklasse gestellt hat, wegen Familienversicherung von der Oberverwaltungsbehörde genehmigt ist und vom 1. März ab in Kraft tritt. Dann wachte er die Kollegen darauf an,

Jahresrechnung für 1908

des Centralverbandes deutscher Brauereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen.

Einnahme.

Eintrittsgelder: männliche a 50 Pf.	4 581,- M
" weibliche a 25 Pf.	50,75 "
" männliche a 25 Pf.	135,50 "
" weibliche a 25 Pf.	23,75 "
Für ausgesetzte Schagbücher	4 791,- M
Beiträge: männliche a 45 Pf. und 50 Pf.	677 506,70 M
" weibliche a 25 Pf. und 30 Pf.	785,40 "
" männliche a 25 Pf. und 30 Pf.	9 179,40 "
Summen von angelegten Kapitalien:	
Städtische Sparkasse zu Hannover	5 899,76 M
Hannoverische Bank	2 069,06 "
Dresdner Bank	225,70 "
Sonstige Einnahmen:	
Für Abonnements auf die "Brauereiarbeiter-Zeitung"	2 300,86 M
Für Zinserate	3 322,46 "
Für Protokolle	790,15 "
Für Polizeiländer	1 341,15 "
Für Profikarten	161,15 "
An Guthaben, inklusive Rechtsschutz zurück	1 855,95 "
Am freiwilligen Beiträgen gingen ein	233,60 "
Für Extrabeiträge	31 773,— "
Diverse Einnahmen	620,80 "
Durch Streitabrechnungen zurückgehalten:	
Zahlstelle Augsburg	6 490,90 M
" Heidingsfeld	8,10 "
" Heidmühle	3,30 "
" Karlsruhe	21,22 "
" Langensalza	30,50 "
" Liegnitz	40,— "
" Nordhausen	20,14 "
" Rastenburg	20,10 "
" Reutlingen	81,30 "
" Straßburg	11,55 "
" Waldenburg	52,50 "
" Zwitau	46,40 "
Eingeladene Klubställe:	
Zahlstelle Braunschweig (für 1907 nachgeleitet)	70,— M
" Luxemburg (für 1907 nachgeleitet)	29,— "
" Rosenheim (für 1905 nachgeleitet)	14,— "
" Straßburg (für 1906 nachgeleitet)	103,20 "
" Wism (für 1906 nachgeleitet)	70,— "
" Wismar (für 1907 nachgeleitet)	4,50 "
Summa:	749 964,33 M

Ginnahme

Ausgabe	749 964,33 M
Ergibt eine Mehrinnahme von	537 552,56 "
Hierzu den Bestand vom 1. Januar 1908	212 411,77 M
Bestand in der Hauptklasse am 31. Dezember 1908	376 231,22 "
Bestände in den Bezirkstassen am 31. Dezember 1908	588 612,99 M
Bewegungsbestand des Verbaues am 31. Dezember 1908	3 979,44 "
Bilanz:	592 622,43 M

Hannover, den 2. März 1909.

Der Verbandsvorsitzende,
M. Egel.

nehmer bei allen Entscheidungen in der Minorität bleiben werden, denn der "Bund" sei durch die ihm gewährte finanzielle und moralische Unterstützung dem Unternehmertum zu Gegenleistungen verpflichtet. Wundes Siegert entzweit sich gewaltig über diese Feststellung und drohte mit Verlassen der Sitzung, mußte aber

sich bestätigen, daß der Bund finanzielle Zuwendungen von den Unternehmern erhält. § 7 Abs. 2 räumt den Brauereien das Recht ein, von den ihnen zugehörigen Arbeitnehmern diejenigen abzuziehen, welche für ihre Zwecke ungeeignet sind. Abs. 3 erlaubt sie nach dem Entzug von der Verpflichtung, Gründe für die Ablehnung nicht eingesetzter Votaberec zu angeben.

Angeschließend hielt Genosse Schuhmacher einen mit großen Interesse aufgenommenen Vortrag über Brauerei und Brauerei-Monopolpolitik. Schuhmacher verstand es, mit seinen trefflichen Erklärungen die Aufmerksamkeit der Kollegen zu erregen und zu erhalten. Am Schluß seines Vortrags forderte Schuhmacher die Kollegen auf, sich mehr um Politik zu kümmern und sich mehr, als dies bisher geschehen ist, politisch zu organisieren.

Unter "Verschiedenes" wurde das Verhalten der Direktion der *Hirschbrauerei* einer scharfen Kritik unterzogen. Die Leute mäßen jede Woche einen Tag feiern wegen angeblichen Arbeitsmangels; doch Arbeitsmangel vorhanden, wird jedoch von den dort beschäftigten Arbeitern ganz entschieden bestritten. Auch wurde der Ausstellungsmodus der Brauerei und Mälzerei *Borsig u. Hahn* von der Brauerei nach der Mälzerei gekritisirt. Den Leuten, welche im Herbst von der Brauerei nach der Mälzerei geschickt wurden, und zwar mit dem Vertrag, im Frühjahr wieder in der Brauerei beschäftigt zu werden, ist ohne jeglichen Grund gefindigt worden. Wahrscheinlich weil die Leute organisiert sind. Die Versammlung beauftragte den Beamten, in den beiden vorgenannten Betrieben vorstellig zu werden und den Herren Direktoren klaren Wein einzuschänken. Dieses ist inzwischen geschehen, und sind wir in der Lage, miteinander zu können, daß die Angelegenheiten beider Betriebe zu unseren Gunsten erledigt sind. Zum Schlusse forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, sie möchten mehr als bisher gechehen ist, sich der Organisation widmen, und deutete den Kollegen an, welcher schweren und lämpfischen Zeiträum entgegen gehen. Kollegen, forge jeder einzelne dafür, daß unsre Organisation stark und mächtig werde, treibt jeden Zweckpakt aus euren Reihen, denn solche trahische Zustände sind nur zum Schaden der Organisation und infolgedessen auch für jeden einzelnen Kollegen.

Leipzig. In der am 20. Februar im "Vollzählig" abgehaltenen Versammlung hielt Arbeitsschreiber Mullan einen beständig aufgenommenen Vortrag über "Unsre Sozialgefegebung". Der Referent behandelte speziell die Unfallversicherung, während die Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung in einem späteren Vortrage beprochen werden soll.

Lebte die am 18. Februar mit dem Brauereiverein geplante Verhandlung betr. die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises, erstattete Amhorn Bericht. Gegen die Zulassung einer Vertretung des Votabvereins der Mädchinnen und Heizer (H.-D.), der auf Ansuchen Einladung vom Brauereiverein erhielt, wurde protestiert mit dem Erfolge, daß denselben die Berechtigung zur Teilnahme an den Verhandlungen abgesprochen wurde. Zur Anerkennung unserer Forderung, jede Beschränkung über die in den Vorstand zu delegierende Person aufzuheben, konnte sich der Brauereiverein nicht entschließen, weshalb § 2 als strikter Punkt durchgesetzt werden mußte. Daselbe Schrift erzielte den § 4, welcher bestimmt, daß der Vorstand des Arbeitsnachweises auch als Schiedsgericht in allen strittigen Angelegenheiten fungieren soll, während nach unserm Antrage dem Vorstand nur solche Streitigkeiten zur Schilderung vorzustellen dürfen, welche die Einführung von Arbeitsnachweis betreffen. Zur Begründung unseres Antrags wurde ausgeführt, daß sich erfahrungsgemäß der Vertreter der Bundesgesellen immer auf die Seite der Unternehmer stellt und die übrigen Arbeit-

sterbau, bei Krankheiten in der Familie zur Krankenklasse zu gehen, um sich einen Ausweischein zu holen und damit zum Arzt zu gehen.

Rundschau.

Ein sonderbarer „Schuhheiliger“.

In der „Bundeszeitung“ Nr. 7 vom 18. Februar 1909 nimmt sich ein „R. R. aus München“, der in der „Brauereiarbeiter-Zeitung“ vertraulichen Personen an, welche gefragt werden, weil sie ihre Verpflichtungen irgend einer Zahlstelle gegenüber nicht nachgekommen oder abgesehen sind, ohne abzurechnen; ferner derselben, vor welchen gewarnt wird, und derselben, welche ausgeschlossen werden, um schließlich daraus, daß der Verband sehr schroff und rücksichtslos gegen seine Mitglieder vorgeht. Obwohl derselben, vor welchen wegen begangener Schwindelien gewarnt wird, in den meisten Fällen nicht Bandmitglieder sind, muß die Parteiausnahme des Herrn „R. R. aus München“ in der „Bundeszeitung“ für alle die, die „vom Verband stachisch verfolgt werden“, wie es in der „Bundeszeitung“ heißt, und die vom Verband ausgeschlossen wurden, unbedingt Heiterkeit bei ländlichen Theatern auslösen. Diese Parteiausnahme unter solchen Umständen läßt aber tief blicken und ist sehr bezeichnend für die moralische Ausfassung im „Bund deutscher Brauereigefesten“, wo man die jeweiligen Verantwortlichen in den einzelnen Bundesvereinen gehörsam ungeschoren ließ, auch wenn sie beschuldigt, das untergeschlagene Geld von den Unternehmern erachtet zu erhalten und nicht erhalten.

„Wo werden wohl diese Ausgestoßenen Schutz und Hilfe finden?“ schreibt der gute Mann in der „Bundeszeitung“. Nun, in „Bund deutscher Brauereigefesten“! Nicht nur durch die vielfolgende „Schuhzusage“ dieses sich dazu berufen führenden „R. R. aus München“, sondern durch Aufnahme in den „Bund“. Der gute Mann „aus München“ führt nämlich als einer der „vom Verband stachisch Verfolgten“ auch einen Johann Brandt vor, welcher in Nr. 33 der „Brauereiarbeiter-Zeitung“ vom vorigen Jahre gefragt wurde. Nun sehe man sich folgendes an: In Nr. 33 der „Brauereiarbeiter-Zeitung“ vom vorigen Jahre steht unter Verbandsnachrichten:

Gesucht wird der Brauer Johann Brandt, geb. am 14. Oktober 1882 in Schwarzwach. Derselbe hat Verpflichtungen der Zahlstelle Fürth i. B. gegenüber, wobei er auch kein Mitgliedsbuch liegt.“

Und in Nr. 4 der „Bundeszeitung“ vom Jahre 1909 finden wir unter der Korrespondenz Mülheim (Ruhr):

Neue Mitglieder:

Johann Brandt, Schwarzwach (Bayern) 14. 12. 1882.“

In der Angabe des Nationalen ist ein kleiner Unterschied zu bemerken; wo der Fehler liegt, wissen wir nicht, nur daß eine wissen wir, daß der Johann Brandt, der noch Verpflichtungen der Zahlstelle Fürth gegenüber und dort sein Mitgliedsbuch liegen hat, derselbe Johann Brandt ist, der in Mülheim (Ruhr) in den „Bund“ aufgenommen wurde. Er hat sich der Erledigung seiner Verpflichtungen entzogen, sein Mitgliedsbuch im Stich gelassen und hat in dem „Bund“ Unternehmens gefunden.

Und wie der Johann Brandt, auf den wir zu fällig in der „Bundeszeitung“ stehen, werden noch andre „Berichte“ und „vom Verband stachisch Verfolgte“, wenn sie nicht „Ehrgesühl“ genug besitzen und ihren Verpflichtungen nachkommen, im „Bund“ wieder einzutreten. Sie, die im Verband nicht abgerechnet haben, über mit einklassierten Beiträgen durchgebrannt sind oder sonst einer Zahlstelle Schuld haben, werden nun sicher mit dazu befragt, den „Gesellenstand“ als „prinzipielle“ Angehörige des „Bundes“ zu haben und über die „Wirtschaft“ im Verband“ sich zu entkräften. Und der schwarze Verdacht drängt sich uns auf, daß der Herr „R. R. aus München“, der sich so sehr „der Berichten“ und „vom Verband stachisch Verfolgten“ annimmt, auch einer von denjenigen ist; denn die Tatsache, daß er sich in der „Bundeszeitung“ zum „Schuh“ derjenigen aufwirft, die „unehrliche Handlungen“ begangen oder mindestens das Vertrauen anderer getäuscht haben, läßt eine andre Annahme schlechterdings kaum zu. Und wenn das der Fall ist, dann — begreifen wir seinen Kummer.

Aber wenn der Herr „R. R. aus München“ in der „Bundeszeitung“ wirklich den Beruf des „Schuhheiligen“ in sich fühlt, dann liegt es doch sehr nahe, die Bundesmitglieder vor Schwindlern zu schützen, welchen sie auf Grund der Anprägungen in der „Bundeszeitung“ in die Hände zu fallen Gefahr laufen. Da der selbe Nr. 7 der „Bundeszeitung“ nämlich, wo er sich als „Schuhheiliger“ der „vom Verband stachisch Verfolgten“ ausspielt, ist folgendes Inserat enthalten:

Sie staunen!

50 000 Paar Schuhe für unter 7 M.

Begeht Zahlungssteckung mehrerer großer Fabriken wurde ich beauftragt, einen großen Posten Schuhe tief unter dem Einzugspreis inszurichten. Ich verlasse daher an jedermann 2 Paar Herren- und 2 Paar Damen-Schuhstücke, Geder, braun oder schwarz, geziert mit stark genageltem Ledersoden, hochlegant, neueste Fasson, Größe laut Nr. Alle 4 Paar kosten nur 7 M. per Kaufnahme.

Em. Maierdorff, Export,
Podgorze Nr. 88, Österreich.
Umtausch gestattet, auch Geld neu.

Auch uns war dies Interessant zugegangen, zugleich mit einem Petig von 7 M. für Aufnahme desselben. Wir haben dem Herrn das Geld retour gefaßt, denkt dies ein Schwindel führt ein Blinder mit dem Gedanken, Eine Zeitung, der es nicht nur

um das Inseratengeld zu tun ist, oder deren ausführende Person nicht gar so bekränzt, oder zu leichtfertig und oberflächlich in der Aufnahme von Inseraten ist, muß dieses Inserat zurückweisen, um die Leute der Zeitung, was an ihr liegt, davon zu bewahren, es endgültig zu verlieren. Und hier liegt die Sache noch so, daß vor diesem Schwindel schon lange, in erster Linie in der sozialdemokratischen Presse gewartet wurde. Für sieben Mark können nicht vier Paar Schuhe aus „Leder, braun oder schwarz“, geliefert werden, selbst wenn sie in Zugshäusern gemacht sind; daß in sich jeder Mensch nur ein ehrliches Denkvermögen habe. Und Tatsache ist es, daß diejenigen, welche auf Grund dieser Schwindelinterrate in der übrigen Presse diese Schuhe bestellten, solche aus Pappe erhalten. Die Sendungen erfolgten gegen Nachnahme, wie das Inserat schon sagt, die Empfänger müßten noch 2 M. Zoll und die Nachnahmeurteile wußten bezahlen und erhielten für die an nähernd 10 M. 4 Paar Pappschuhe. Wenn die „Bundeszeitung“ selbst nicht so klau war, das Inserat als Schwindel zu erkennen, dann hätte sie sich durch die sozialdemokratische Presse begreifen lassen können.

Dem Herrn „R. R. aus München“ ist also hier eine Gelegenheit geboten, seinen Talentrang zu befridigen und die Bundesmitglieder vor Schwindlern zu schützen, die in der „Bundeszeitung“ ihre Schwindelware anpreisen. Aber wie förmlich, das überläßt er uns und gebärdet sich inzwischen als „Schuhheiliger“ der „vom Verband stachisch Verfolgten“, die unehrliche Handlungen begangen oder das Vertrauen anderer getäuscht haben.

Eins paßt ja zum andern, und es ist ja auch undenkbar, daß es anders sein könnte!

Schwarz-gelber Bankrott in Nürnberg.

Am 1. April forderten anlässlich der Arbeiterausschuswahl in der Brauerei Tucher, Nürnberg, die gelben Bündler und das 1/4 Dutzend Christliche die dortige Kollegenschaft an. Obwohl in allgemeiner Betriebsversammlung die Kandidaten aufgestellt worden, somit jedem die Gelegenheit gegeben war, Vorschläge hierzu zu machen, was aber nicht geschah, hielten es die Schwarz-Gelben für notwendig, kurz vor der Wahl Handzettel nachstehenden Inhalts zu verbreiten:

Werter Kollegen!

Zur kommenden Arbeiterausschuswahl wird von den in unterschiedlichen Organisationen (H) vereinigten Kollegen folgender Wahlvorschlag gemacht:

Für Betrieb I:

Hoffmann als aktives Ausschusmitglied,

Clemens Kraus als passives Ausschusmitglied.

Es ist Pflicht aller nicht sozialistischen Kollegen, einstellig für die oben Bezeichneten ihre Stimme abzugeben, damit auch eine Vertretung im Arbeiterausschuss erhalten, die unparteiisch die Wünsche der Kollegen vertritt.

Mit kollegalem Gruß

Deutscher Brauergemeinschaft. Christlicher Brauerverband.

Für uns war es schon lange eine Gewissheit, daß der gelbe Bund in den letzten Tagen liegt. Ebenso bestimmt wußten wir, daß in Nürnberg die Oberchristen mit ihrem im Vorjahr inzwi-

nemal keine Erfolge erzielen würden.

Bei Tucher sind noch beschäftigt 26 Bündler, einschließlich der

6 Überbürigen, also Vierfünftel ihrer gesamten Mitglieder in den Nürnberger Brauereien; dann 4 „Christen“, die sich trotz „Christlicher Brauerverband“ nennen.

Die Tatsache, daß diese vereinigten 30 Schwarz-Gelben nicht einmal in der Lage waren, einen Kandidaten aus ihrer Mitte aufzustellen, sondern einen unorganisierten Kollegen aufstellen müssen, die Tatsache muß jeden noch eingerissenen dentenden Kollegen zur Überzeugung bringen, daß in diesen „Organisationen“ kein Platz mehr für ihn ist. Durch die Aufstellung eines Unorganisierten haben sie sich aber auch den Totenfeind ausgesetzt, denn eine Korporation, welche nicht einmal einen Vertreter aus ihrer Mitte stellen kann, hat das Amt auf Ehrenwert verloren.

Das Ergebnis der Wahl war aber auch dementsprechend. Während unter Vertreter Kollege Schmidt 72 Stimmen erhielt, eine ge Stimmen mehr als im Vorjahr, fielen auf den von den Schwarz-Gelben aufgestellten unorganisierten Kollegen Hoffmann 24 Stimmen, gegen 27 im Vorjahr, und der gewölbige Bundesmann Clemens Kraus, welcher nicht fähig war, sich als altes Ausschusmitglied aufzustellen zu lassen, erhielt gar nur 10 Stimmen. Seine eigenen Kollegen haben seine geistigen Fähigkeiten sehr richtig eingeschätzt.

Besser würden diese Leute aber getan haben, wenn sie nicht so sehr auf das politische Glaubensbekenntnis hingewiesen hätten. Be weisen doch die Verhandlungen über die Reichsfinanzreform mit der ungeheuerlichen Brauereivorlage, daß von allen Parteien für die arbeitende Klasse nur auf die sozialdemokratische Partei ein Verlaß ist.

Die Brauereiarbeiter Nürnbergs werden es aber auch in Zukunft den Schwarz-Gelben überlassen, das Prädikat von den dümmsten Kalbern, welche ihre eigenen Nezger selber wählen, für sich weiterhin in Anspruch zu nehmen.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbüro Münzstr. 5, III, Hannover. — Bericht. Nr. 5830.

Diese Woche ist der 11. Wocheneintrag fällig.

Mitteilungen der Hauptverwaltung.

Kollegen, welche genaue Angaben darüber machen können, wo Molz der ersten Rixdorfer Malzfabrik (Aktiengesellschaft) verbraucht wird, wollen ihre Adresse an den Bezirksleiter Troger-Berlin, Ritterstr. 10, einjenden.

Die Zahlstellenvorstände werden ersucht, die Ausfüllung und Einsendung der statistischen Fragebögen zu begleiten. Für jeden Betrieb (Brauerei, Mälzerei, Biermühle, Brennerei) ist ein Fragebogen auszufüllen.

Die Fragebögen sind als „Geschäfts-papier“ in offener Briefumschlag mit 10 Pf. Porto bis 250 Gramm 20 Pf. Porto.

Diesenigen Zahlstellen, welche gedruckte Jahresberichte herausgeben, an den Hauptvorstand jedoch noch keinen gesandt haben, werden ersucht, dies nun zu tun.

Notizkalender unseres Verbandes für 1909 sind noch eine Unzahl Exemplare zum Verkauf vorhanden. Preis 50 Pf.

Eingänge der Hauptkasse

vom 1. bis 7. März.

Für Beiträge: Maresse 2,25. Hannover 2,—. Mühlberg 4,55. Harburg 110,—. Stettin 150,—. Erfurt 207,30. Eisenach 321,20. Göttingen 100,—. Stettin 400,—. Hannover 2,—. Stuttgart 11,20. Hildesheim 7,20. Hannover 10,—. Darmstadt 200,—. Hannover 4,50. Bückeburg 100,—. Stendal 5,—. Neu-münster 55,70.

Für Zinsen: St. Gallen 12,66. Essen 2,10. München 2,40. Stettin 4,20. Köln 3,60. Frankenthal 2,10. Ulm 2,50. Fürstenwalde 2,10. Stuttgart 6,30. Miltenberg 1. Elf. 2,10.

Für Abonnemens: Sektion Zürich 25,00. Sektion Norwegen 2,24.

Für Broschüren: Hannover 5,—.

Für Notizkalender: Werden a. Ruhr 2,—. Saulgau 0,50. Waren 1,50. Bamberg 35,—.

Gesellschaftsbrauerei Augsburg (Einlagegeld): Kultbach 1,600,—. Frankenfelde 4,00,—. Fürstenwalde 150,—. Gera 5000,—. Darmstadt 400,—.

Materialverband.

Uetersen 10 Mitgliedsbücher. Essen 50 Mitgliedsbücher. Amster-dam 800 Marken a 50 Pf. Werder 600 Marken a 50 Pf. Bamberg 2400 Marken a 50 Pf. Katowitz 50 Mitgliedsbücher und 800 Marken a 30 Pf. Braunschweig 50 Mitgliedsbücher, 6000 Marken a 50 Pf. und 400 Marken a 30 Pf.

Aus den Zahlstellen.

Frankenthal. Unterstützung für durchkreisende Mitglieder zahlt aus Element. Theresienstr. 6, von 12—1 Uhr.

Gießen. Vorsitzender ist F. Schöfmann, Wiesbaden bei Gießen.

Hof. Vorsitzender ist A. Weiß, Brauerei Miller.

Langenfelde. Vorsitzender ist F. Glinoor, Lange Brüder-strasse 15, port. ab 1. April Salzstr. 25 III.

Mannheim. Zahlstellenangelegenheiten sind jetzt wieder an

Gäßchen, Augustenstraße 59, zu richten.

Schwenningen. Die Adresse vom Brauer Rich. Schweisert aus Siegelsbach, Buch-Nr. 29237, benötigt Vorsitzender F. Meier, Sangerstraße 1339.

Uetersen i. Holst. Vorsitzender ist P. Ochsenbrüggen, El. Sand 59, Kassierer E. Reimann in Cottbus, Ueter-senweg.

Versammlungsanzeigen.

Sonntagabend, den 13. März.

Bonndorf. 8 Uhr im Gewerbeschulsaal. Bielefeld. Bei Hainemann, Weberstraße 5. Heidelberg. Gewerbeschulhaus zum gold. Röder. Vortrag von Dr. M. 2 Uhr. Brauerei Hasler.

Hamburg. 2 Uhr bei Horn, Hohe Bleichen. Hamm. 2 Uhr bei Höher. Königstraße 34. Köln. 2 Uhr im Volkshaus. Referent: Dr. Lohr. 1. B. 2 Uhr in der Panone. Hindenburg i. Allgäu. 2½ Uhr. Gasthaus zur Alpenrose. Neuhaldensleben. 4 Uhr bei Herzog. Neusiedl. 4 Uhr bei Triest. Referent: Lange-Warmen.

Schwentningen. 2 Uhr im Grünen Baum. Stegen. 3 Uhr bei Franke, Poststraße. Sonthofen i. Allgäu. 2½ Uhr im Gasthaus zur Sonne. Unorganisierte mitbringen. St. Johann. 2½ Uhr im Tivoli. Vortrag über „Sarabisches Brauereileben“.

Sonneberg, Steinach, Laufsch. 3 Uhr in Steinach. Gasthaus Sächsisches Wappen. Tuttlingen. 2 Uhr im Hirsch. Unorganisierte mitbringen. Witten a. d. Ruhr. 3 Uhr bei Teich, Dreieckstrasse. Trier. 2 Uhr bei Bösch, Saarstraße.

Freitag, den 19. März.

Gr. Lichtenfelde. 7 Uhr bei Frömming, Lankwitzerstraße. Unorganisierte mitbringen.

Briefstellen.

G., Würzburg. Kann nicht aufgenommen werden, sonst kommen alle. B., Landsberg a. W. Anzeigen für vorige Nummer an. B., Amsterdam. Müste wegen Raumangst zurückgeschickt werden.

Inserate werden, um zeit-
raumende Schrif-
zeile zu verhindern, in Zukunft nur
durch vorherige Bezahlung an-
genommen, und zwar kostet ein einzel-
ner Gedenkblatt 2,10,— größere
Gedenkblätter entsprechend.

Nachricht.
Am 25. Februar verließ nach
Lübeck schweren Seelen unser lang-
jähriges Mitglied Karl Wilke.

Wir haben in ihm einen tüchtigen
und treuen Kollegen verloren und
wollen ihm seit einiger Zeit das
Gedenken.

Reklame Hamburg.
Am 27. Februar sind zwei neuen
mitglieds eingezogene Seelen unter
Siegmar Böckeler.

Am 27. Februar sind zwei neue
Mitglieder eingezogen: Siegfried
Krause und Heinrich Schröder.

Reklame Brauerei.
Am 27. Februar sind zwei neue
Mitglieder eingezogen: Siegfried
Krause und Heinrich Schröder.

Unsere Kollegen Mich. Brunner und seiner lieben Frau Herz zur Vermählung nächstmalig die herzlichen Glückwünsche.

Die Verbandskollegen der
Hütner Brauerei - Geisenhausen,

Ulm a. N.

Ulm a. N.

Ulm a. N.